

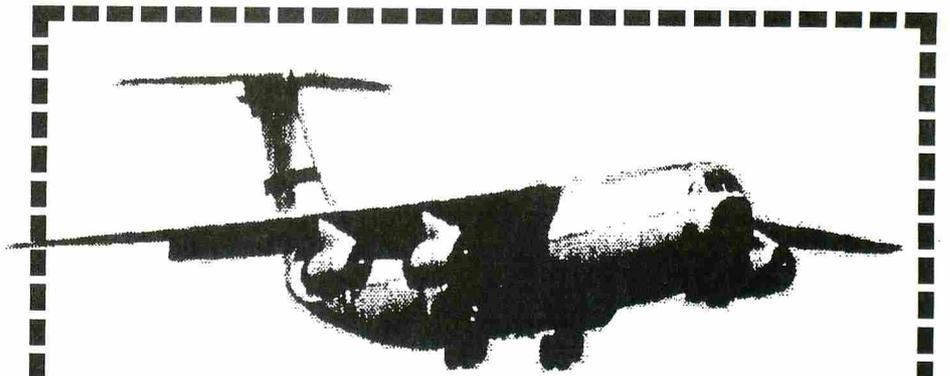
blickpunkt

Nr. 245
Mai 1991

ZEITUNG DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI MÖRFELDEN-WALLDORF

Steuererhöhungen schonen Großverdiener

Der Bundestag hat am 14. Mai ein Steueränderungsgesetz und ein sog. Solidaritätsgesetz angenommen. Damit werden ab 1. Juli eine Ergänzungsabgabe erhoben und Verbrauchssteuern erhöht. Ab 1. Juli findet der Steuerzahler auch auf der Lohn- und Gehaltsabrechnung eine 7,5prozentige Erhöhung bei der Lohnsteuer (seit Januar bezahlt er schon höhere Sozialabzüge). Außerdem steigt die Erdgassteuer, die Versicherungs- und Tabaksteuer sowie die Mineralölsteuer. Ab Januar 1995 will Bonn die Unternehmensbesteuerung weiter absenken. Das heißt Einnahmeverzicht des Staates von zunächst mindestens 10 Mrd. DM und später noch einmal 20 Mrd. Der Hauptteil des Geldes, das Bonn sich beim kleinen Mann holt (1991 und 1992 rund 46 Mrd.) wird auf längere Sicht also nicht der Ex-DDR, sondern den Inhabern der Millionenkonten in den Chefetagen der Konzerne, den Eigentümern der Riesenvermögen von Werhahn bis Flick, von Haniel bis Thyssen zugeschoben. Soziale Symmetrie? Schön wär's. Womit wir es zu tun haben, ist knallharte Umverteilung von unten nach oben. SPD und GBL scheinen sich über diese Bonner Unverschämtheiten nicht so viele Gedanken zu machen - sonst würden sie in unserer Stadt nicht so leichtfertig Gebührenerhöhungen beschließen.



Alles über unsere Köpfe

Von den 60.000 im Rhein-Main-Gebiet stationierten US-Soldaten waren 26.000 am Golf-Krieg beteiligt. Jeden Tag kommen Soldaten zurück. Viele bleiben aber auch in Saudi-Arabien und müssen versorgt werden. Alle Soldaten des V. Korps landen aber in jedem Fall zunächst in der BRD, ehe entschieden wird, welche Einheiten aufgelöst werden. Die gesamte US-Armada fliegt über unsere Köpfe und landet auf der US-Air Base. Und das soll noch lange so weiter gehen!

Richtige Besatzermanieren

Nach wie vor gibt es auf dem Frankfurter Flughafen einen gewaltigen militärischen Flugbetrieb. Tag und Nacht donnern die Riesenvögel. Im April gab es neue Rekorde. In einer Woche, zwischen ein und drei Uhr nachts: 62 Starts und Landungen - davon 47 große US-Galaxy! Die Amerikaner benehmen sich wie die Besatzer der ersten Stunde und scheren sich nicht um deutsche Vorschriften und Bestimmungen. Wo bleibt da eigentlich unsere so viel gerühmte Souveränität?

Die Abwicklung

Kaum ein Tag vergeht ohne die Ankündigung weiterer Massenentlassungen in der ehemaligen DDR. Die Hoffnung auf ein schnelles Wirtschaftswunder hat sich als katastrophale Fehleinschätzung erwiesen. Selbst Politiker und Industrielle, die versuchten die Lage vor der Bundestagswahl gesundzubeten, müssen mittlerweile das Desaster eingestehen. Die übereilte Einführung der D-Mark im vergangenen Juli hat ihr Ziel verfehlt: Die Übersiedlerwelle wurde nicht gestoppt, qualifizierte Arbeitskräfte wandern weiterhin Richtung Westen ab. Hunderttausende pendeln täglich und entlasten auf diese Weise die Ost-Arbeitslosenstatistik. Dennoch rechnen Experten zum Jahresende mit über drei Millionen Arbeitslosen und Kurzarbeitern in Ostdeutschland.

Heute kommen schon 40 Ost-Erwerbslose auf eine freie Stelle.

Dies führte zum Elend der "Fernpendler". 200 000 bis 500 000 nehmen bis zu acht Stunden Fahrzeit in Kauf, um hier zu arbeiten.

Und jeden Tag kommen neue Hiobsbotschaften.

Die Exporte nach Osteuropa, die jetzt mit harten Devisen bezahlt werden müssen, seien "total weggebrochen", klagt Bonn - als wäre das nicht vorhersehbar gewesen.

Und so gehen jetzt viele tausend Betriebe kaputt und mit ihnen die Arbeitsplätze.

Dabei sind auch Renommierbetriebe, die alles andere als marode waren. Die Unruhe in den Belegschaften wächst. Streiks, Demonstrationen und Straßenblockaden häufen sich.

Fazit: Die ehemalige DDR entwickelt sich zum "Faß ohne Boden", weil die Bundesregierung kurzfristige Wahlerfolge für wichtiger hielt, als die Warnungen der Ökonomen, die vor dem hastigen Überstülpen des hiesigen Wirtschaftsmodells auf die DDR gewarnt hatten.

Die Folgen müssen wieder einmal die "kleinen Leute" tragen - hier wie dort.

Die wirtschaftlichen und finanziellen Belastungen, der Druck auf Löh-

ne und Gehälter, die Verarmung von Städten und Gemeinden, dies alles trifft in gleicher Weise die östlichen wie die westlichen Bundesländer.

Die Treuhand steuert den Crash-Kurs

Solange gegen die SED-Regierung demonstriert wurde, waren Demonstranten Helden - die gleichen Menschen werden heute von Kohl als Krawallmacher bezeichnet.

Der Mord an Rohwedder wurde zusätzlich ausgenutzt, um Kritik an der Treuhand zu kriminalisieren.

Die Proteste gegen die Treuhand sind aber mehr als berechtigt - denn diese Institution hat den Auftrag, ehemalige DDR-Betriebe zu privatisieren oder dem Untergang preiszugeben - koste es, was es wolle.

Trotzdem kann die Treuhand nicht Hauptzielscheibe des Protestes sein. Der Protest muß sich an die Adresse der Bundesregierung richten, die auch heute noch dem blinden Glauben anhängt, nur mit marktwirtschaftlichen Mitteln die Ost-Wirtschaft wieder ankurbeln zu können.

Investitionen gezielt aufs "schnelle Geld"

In der ehemaligen DDR sind Neuansiedlungen bundesdeutscher Unternehmen kaum in Aussicht. 120 Mrd. DM haben sie seit der Vereinigung im Westen investiert, aber nur 10 Mrd. in den neuen Bundesländern. 70 Prozent dieser Gelder flossen zudem in den Aufbau von Vertriebssystemen, Bankfilialen und Supermärkten. Warum? Es lockt das "schnelle Geld". Immerhin verfügen die Bürger der fünf neuen Länder über Spareinlagen von mehr als 25 Milliarden Mark.



Clara Zetkin auf der Müllkippe

Dieser Tage ging ein Bild durch die Presse - auf einer Müllkippe in der Ex-DDR wurden hunderttausende Bücher aus der Verlagsproduktion der DDR "entsorgt". Obenauf sah man Bücher der marxistischen Klassiker, dabei ein Buch von Clara Zetkin, einer der bedeutendsten Persönlichkeiten der deutschen Arbeiter- und Frauenbewegung. Kalte Bücherverbrennung heute.

Wer denkt da noch an das edle Wort, daß zusammenwachsen wird, was zusammengehört? Plattmachen heißt die Devise: Bücher auf den Müll.

"Warteschleifen" als Plattform für Arbeitslosigkeit. Umbenennung von Straßen und Plätzen, die vor Anne Frank und Heinrich Mann nicht haltmachen.

In Dresden erhalten die Schiffe der "Weißen Flotte" neue Namen; den Dampfer mit dem Namen Bertolt Brecht gibt es nicht mehr. In Friedrichroda verliert das FDGB-Heim seinen Namen, es hieß nach dem Gründer der SPD, August-Bebel-Haus. In Eisenach wird (mit Stimmen der SPD) die Gedenkstätte "Eisenacher Parteitag" geschlossen.

In der Nicht-mehr-DDR wird jetzt das nachgeholt, was in der Zeit des Kalten Krieges und auch danach, in der Damals-BRD gängige Praxis war: Straßenumbenennungen, Berufsverbote, Verteufelung von Gegnern des kapitalistischen Systems.

Bücher kann man verbrennen. Heiß oder kalt. Ideen nicht.

Kurz notiert

Ist Mörfelden reich?

Im "Rüsselsheimer Echo" fanden wir einen Artikel mit der Überschrift: "In Seeheim und Mörfelden ist das Geld zu Hause". Nach einer Planungsgesellschaft, die Kommunen, Kreise und Bundesländer mittels Lohn- und Einkommensteueraufkommen miteinander verglich, liegt unsere Stadt an der Spitze des Kreises Groß-Gerau. Natürlich müssen wir uns hinter Gemeinden des Hochtaunuskreises verstecken, dort wohnen viele Bankvorstände, Manager der Finanz- und Dienstleistungsunternehmen. Dennoch muß man diese statistischen Zahlen nüchtern betrachten. Z. B.: Wenn in Mörfelden-Walldorf 15 Millionen wohnen, dann können in München über 650 wohnen und beide Städte haben den gleichen Prozentanteil an Reichen. Aber was soll überhaupt ein solcher Artikel, der protzend oder neidisch die Wohlhabenheit den anderen vorhält? Würde man die öffentliche Armut mit dem privaten Reichtum vergleichen, Mörfelden-Walldorf hätte keinen Spitzenplatz.

RD

Halbzeitbilanz bei SPD und GBL

Die beiden Koalitionsparteien zogen Bilanz ihrer bisherigen Zusammenarbeit. Insbesondere die GBL konnte sich dabei vor Eigenlob kaum noch retten. Glaubt man der "Hofbericht-erstattung", dann ist die Stadt Mörfelden-Walldorf weit über ihre Grenzen hinaus eine vorbildliche Kommune. Die energiepolitische Wende ist vollzogen, mit Tempo gehen die Tempo-30-Zonen voran, die neuen Abwassergebühren sind "erfolgreich" auf den Weg gebracht, die Naherholung am Walldorfer Badesees gesichert. Eine Opposition wird dabei nicht gebraucht, denn 80 Prozent der 230 Punkte im Koalitionspapier haben (so hieß es) bereits ein Häkchen. Da gibt es aber noch die DKP-Fraktion, die einiges an der Koalitionspolitik kritisiert. Natürlich wissen die Stadtver-

ordneten der GBL, wie sie die Kritik von Seiten der DKP-Fraktion zu bewerten haben. Dumm, schlampig und uninformiert ist die DKP-Fraktion. So hat sie sich in der Stadtregierung eben entwickelt, die "Grüne Bürgerliste für Demokratie und Umweltschutz".

Bleibt zu hoffen, daß einige Häkchen im Koalitionspapier nicht zum Haken für die Bürgerinnen und Bürger werden.

Helga Fritz

Dürr(e)s Angebot

Laut den großmäuligen Anzeigen der Deutschen Bundesbahn (DB) bricht am 2. Juni ein neues Zeitalter des Bahnverkehrs an. Mit dem neuen Sommerfahrplan verkehren jene Hochgeschwindigkeitszüge, die als "Rückgrat der Bahn", als "moderne Zeiten", als "Fortschritt" und "Komfort" gepriesen werden. Doch alles hat seinen Preis (und hier ist nicht nur der um 15 bis 18 Prozent höhere Beförderungstarif gemeint). So wurde schon in den Kommunalzeitungen Klage geführt gegen die Verringerung und zunehmende Beschwerne im Nahverkehr. Wie sieht dies für unsere Stadt aus?

Die Züge 7.10 und 11.08 ab Ffm. halten zwar in Mörfelden, rauschen aber an Walldorf vorbei. Dagegen halten die Züge 15.06 und 18.49 ab Ffm. in Walldorf, ignorieren aber einen Halt in Mörfelden. In umgekehrter Richtung sind es drei Züge (7.31, 17.48 und 21.51), die Walldorfer benutzen können, die zuvor aber nicht in Mörfelden halten. Von Ffm. Hbf kommend halten 12 Züge nicht in Niederrad. Nach Ffm. sind es gar 16 Züge, die keinen Stopp in der Bürostadt einlegen.

Begründung der DB: Die Platznot auf der Schiene und im Hauptbahnhof. Vorfahrt hat laut Konzept des Bahnvorstandes der Fernverkehr.

Da reden sich in den Kommunen die Politiker heiß um der Verkehrsberuhigung gerecht zu werden, jahrelang wird an Landes- und Bundesregierung appelliert, den Nahverkehr auszubauen, weil er gegenüber dem Individualverkehr ökologische und

ökonomische Vorteile bietet, doch was geschieht? Statt mehr Personen- und Lastverkehr auf die Schiene zu bringen, werden das Angebot und der Service von Jahr zu Jahr dürrer. Ob dies mit dem Konzept des Heinz Dürr (Vorstandschef der DB) zu tun hat?

RD

**Jede Spende
hilft dem
"blickpunkt"!**

Stoppt die Verfolgung

Der Golfkrieg ist nur scheinbar zu Ende.

Er hat keines der Probleme, die er lösen sollte, gelöst.

Im Gegenteil: Dieser Krieg hat wie alle Kriege neue Probleme geschaffen.

Und durch diesen Krieg kommt in Folge das Problem, lange verdeckt und lange verschwiegen, der Verfolgung und Ausrottung der Kurden ans Licht der Welt. Nur: die Welt sieht nichts, will nichts sehen.

Warum auch? Wir sind nicht betroffen. Was gehen uns die Kurden an?

Die haben kein Öl - sind also völlig uninteressant.

Die Folgerung kann nur eines sein. Wir fordern:

Stoppt die Verfolgung der Kurden!

Laßt ihnen Freiheit und Leben!

Rottet dieses Volk nicht aus!

Bildet Schutzzonen!

K.H. Geil, "Friedensforum"

Frauen - sie verlieren drüben wie hüben

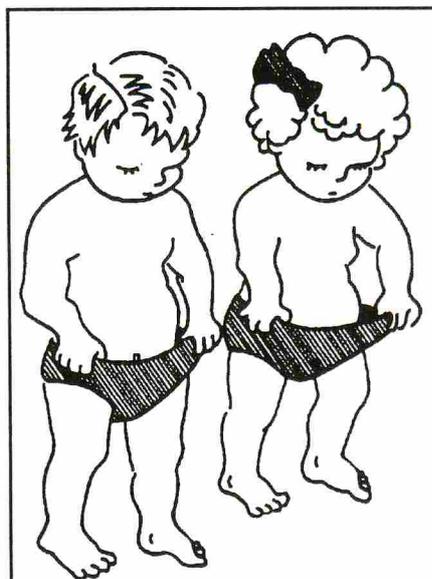
"Die Frauen sollen zuhause bleiben!" Die Verwirklichung dieses Satzes können Frauen in den neuen Bundesländern immer noch nicht fassen. Um die Frauen aus den Betrieben zu drängen, wird eine alte Ideologie wieder frisch "aufpoliert". Die Bundesanstalt für Arbeit drückt die Schicksale der Frauen mit nüchternen Zahlen aus. Unter den Arbeitslosen nehmen Frauen mit 55 Prozent die Spitze ein, in den neuen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sind sie jedoch nur mit 38 Prozent vertreten. Die Frauen sind die Doppelverliererinnen der Vereinigung, das zeigte sich bereits Anfang des Jahres 1990, als die ersten Entlassungsgespräche mit schwangeren und älteren Frauen geführt wurden. Kurze Zeit später standen Massenentlassungen in den Kombi-natsverwaltungen der Textil- und Lebensmittelbranche an (der Frauenanteil lag hier bei über 80 Prozent). Das "Wolfsgesetz" des Kapitalismus diente dabei als Druckmittel, denn wer zuviel krank ist oder zuviel fehlt (weil z.B. das Kind krank ist), fliegt zuerst. Frauenarbeitslosigkeit bedeutet aber auch den Abbau von Kinderbetreuungs-Einrichtungen. Wenn Frauen nicht mehr arbeiten, dann können auch die Kinder zuhause bleiben. Die 90-Prozent-Deckung mit Kindergärten in den neuen Bundesländern wird aufgehoben und die im

Einigungsvertrag festgeschriebenen 1,7 Milliarden zur Stützung der Kindergärten im Osten werden vom Finanzminister nicht herausgerückt.

Im Westen verlieren Frauen ebenfalls Erreichtes:

- Im Saarland wird von der SPD-geführten Landesregierung das Frauenministerium wieder abgeschafft.
- In Schleswig-Holstein prozessieren CDU-Gemeinden gegen die Gleichstellungsbüros, die ihnen das Frauenministerium auferlegt hat.
- In Bonn wird die Federführung für alle Fragen, die den § 218 betreffen vom Frauenministerium an das Familien- und Seniorenministerium übertragen. Denn Familienministerin Röntsch hat eindeutiger für den § 218 Stellung bezogen.
- An der deutsch-niederländischen Grenze zwingt der Bundesgrenzschutz Frauen zu einer gynäkologischen Untersuchung, weil man ihnen einen illegalen Schwangerschaftsabbruch anlasten will.

Der Sturm der Empörung über die frauenfeindlichen Maßnahmen blieb bisher aus. Bleibt die Frage, wann er endlich ausbricht? Helga Fritz



"Ah - deshalb die Lohndifferenz!"

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) hat alle Frauen aufgerufen, am 14. Juni ihre Arbeit zu Hause oder im Betrieb niederzulegen, um mit ihren Forderungen endlich ein Stück weiterzukommen. Die Frauen wollen endlich Taten sehen. Den Schweizer Frauen ist zu wünschen, daß der Streik ihren Erwartungen entspricht und die Gleichstellung von Mann und Frau in ihrem Land Wirklichkeit wird.



In Walldorf fotografiert. Leider kann man solche Bilder in beiden Stadtteilen ständig fotografieren, weil die Container, obwohl überfüllt, nicht oft genug geleert werden.

**Bitte
vormerken!**

**Das diesjährige
Grillfest der DKP
Mörfelden ist am
13. Juli 1991.**

Entschuldigung!

Im April-"blickpunkt" wurde ein Foto der "Kickers"-Damenmannschaft in der Druckerei versehentlich seitenverkehrt montiert. Tut uns leid!

AUS DEM RATHAUS

Heißes Gefecht ums kühle Naß

Heftige Diskussionen gab es im Stadtparlament um die Anträge zur Abwassergebührensatzung. Wie bekannt, hatte die rot/grüne Koalition im Dezember letzten Jahres beschlossen, die Abwassergebühren zu splitten. Die bezogene Frischwassermenge sollte eine Berechnungsgrundlage sein und die versiegelte und ans Kanalnetz angeschlossene Fläche eines Grundstücks die andere Berech-

nungsgröße. Mit der Differenzierung der Versiegelungsfläche und des Gebrauchs des gesammelten Regenwassers hatte es seine Schwierigkeiten. Nach den ersten Plänen und Beschlüssen sollte dieses gebrauchte und verschmutzte Regenwasser, dem Kanal zugeleitet, weiterhin kostenfrei sein. Diese Idee hat man im Rathaus fallengelassen. Wer in Zukunft Regenwasser etwa durch die Toilettenspülung in das Abwassersystem laufen läßt braucht a) eine Genehmigung zur Einrichtung der Auffangvorrichtung (dafür gibt's eine städt. Zuschuß) und b) einen Wasserzäh-

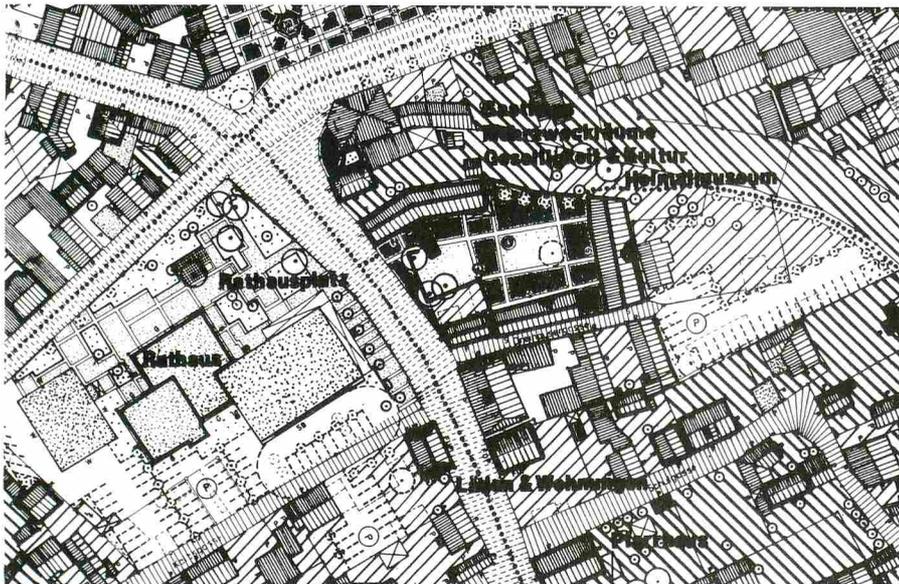
ler, damit die Abwassermenge ermittelt werden kann.

Ein weiterer Streitpunkt war die Art der Versiegelung. Ein Dach mit mindestens 15 Grad Neigung ist mit Berechnungsfaktor 1 die teuerste Variante, weniger Neigung oder Flachdach Faktor 0,8, Kiesschüttflachdächer 0,5, Schwarzdecke, Betonfläche, Pflaster mit Fugenverguß 0,9, Verbundsteine, Pflaster ohne Fugenverguß 0,6 und der ungepflasterte Hof 0,5. Komplizierter ging es nicht mehr. Zwar hat der kommunale Spitzenverband die Differenzierung nicht empfohlen, doch die rot/grüne Koalition wagte sich auf das rechtlich schlüpfrige Terrain.

Die DKP hatte zu diesem Themenkomplex einen Antrag eingebracht, der forderte: "... werden die mit Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vom 11. 12. 1990 eingeführten Änderungen, die das Einleiten von Niederschlagswasser betreffen, rückwirkend zum 1. 1. 1991 ersatzlos gestrichen."

Damit hätte man Zeit gehabt, das Thema nochmals grundsätzlich zu diskutieren und einen möglichst breiten Konsens zu finden.

Die DKP-Fraktion machte in der Stadtverordnetensitzung deutlich, daß sie sich nicht gegen neue Gedanken, die die Umwelt schützen sollen, sträubt - daß sie aber Gebührenerhöhungen ablehnt. SPD und GBL bestanden jedoch auf ihren Plänen. Der DKP-Antrag wurde abgelehnt. RD



Die Gedanken sind frei...

Wenn sich Politiker und Städteplaner Gedanken machen, so ist das nicht verwerflich. Daß man sogenannte Rahmenpläne erstellt, die vor die eigentlichen Bebauungspläne gegliedert werden, ist zwar sinnvoll, doch sollten die Pläne in etwa realistisch sein und heutigem Diskussionsstand entsprechen. Mit schwammigen Begriffen wie in dem den Stadtverordneten vorgelegten Papier ("...muß ein befriedigendes Angebot von öffentl. Parkplätzen im Stadtkern bereitgehalten werden..." und "Von einer großen Konzentration von Parkplätzen im Zentrum wird abgeraten...") kann man alles und nichts aussagen. Mit dem oben abgedruckten Plan wird einem schon deutlicher, wie im Stadtbauamt unserer Stadt gedacht wird (oder wurde?). Der kleine Ausschnitt der Zeichnung rund ums Rathaus sieht dort Parkfläche vor, wo jetzt noch Wohnhäuser stehen. Im hinteren Bereich der Dreihäusergasse wird Platz für 21 Autos. Da rede noch einer von verkehrsberuhigter Innenstadt, von Erhöhung des Wohnwertes, von Erhaltung und Förderung des alten Stadtbildes...

RD

**Jede Mark
hilft dem
"blickpunkt"!**

Unser Konto:
Kreissparkasse Groß-
Gerau,
Konto-Nr.9003419,
BLZ 50852553

Vom Volkshaus zum Bürgerhaus »Ein Stück Arbeitergeschichte«

Am 14. Mai 1966 wurde das ehemalige Mörfelder Volkshaus vom damaligen Eigentümer, dem Volkshausverein, kostenlos der Gemeinde übergeben. Dies soll uns heute Anlaß sein, mit der Schilderung der Geschichte des Volkshausvereins von der Gründung bis zu seiner Auflösung, den Gründern und den vielen ehrenamtlichen Helfern zu gedenken. Ihnen ist heute noch zu danken für das große Werk das sie damals in schweren Zeiten mit vorbildlichem Idealismus, aber auch unter finanziellen Opfern, geschaffen haben.

Es war schon ein wagemutiger Verein, der sich damals, am 26. Januar 1924, im Gasthaus "Weingarten" zusammenfand. Kommunisten, Sozialdemokraten, parteilose Arbeiter.

Georg Zwilling, ein über die Grenze Mörfeldens hinaus bekannter und beliebter Kommunist und späterer Bürgermeister von Mörfelden, führte den Vorsitz, Schriftführer war der Lehrer Georg Egner.

Im engeren Vorstand wirkten der Maurer Karl Schaffner und der Eisenbahnarbeiter Peter Feutner mit. Im erweiterten Vorstand finden wir die Namen Wendel Hechler, Georg Küchler, Ludwig Hinterthür, Ludwig Scherer, Karl Wolf, Ludwig Dickhaut. Sie waren Zimmerleute, Maurer, Schreiner, Schneider und Hilfsarbeiter.

Die Arbeiter fanden zum Sport. Auch in Mörfelden gab es nicht mehr genügend Platz für den Sport- und Kulturbetrieb. "Wir brauchen einen großen Saal", immer wieder finden wir diese Forderung in den Protokollen des Vereins, der vier Jahre brauchte, um die Idee eines großen Arbeiter-Vereinshauses in die Bevölkerung zu tragen.

Ungewohnt war diese Tätigkeit. Zimmerleute mit Schwielen an den Händen kümmerten sich um die Buchführung, machten Finanzpläne. In einer Zeit, in der ein Metallarbeiter ca. 35 Mark wöchentlich verdiente, wurde beschlossen, daß jedes Vereinsmitglied mindestens 50 Mark beizusteuern habe. Wöchentlich wurden 50 Pfennig abkassiert. Viele waren arbeitslos.

Eine Werbeaktion im Frühjahr 1926 brachte den Durchbruch. 460 Mitglieder wurden geworben, 320 Einwohner erklärten sich bereit, zinslose Anteilscheine zu zeichnen. Am 1. Mai 1928 wurde mit dem Bau begonnen. In freiwilliger Arbeit bauten die Arbeiter ihr Haus.

Es gab damals noch keinen freien Samstag, es wurde an den Abenden, den Samstagnachmittagen und an Sonntagen gearbeitet.

Im Protokoll vom Februar 1929 lesen wir: "Genosse Jakob Schöneberger teilt mit, daß bis jetzt 200 Genossen 7.000 freiwillige Arbeitsstunden geleistet haben."

Bereits im Herbst 1929 konnten der kleine Saal und die Gaststätte in Betrieb genommen werden; am 19. April 1930 wurde das Haus den Arbeitern und ihren Organisationen zur Verfügung gestellt. Nun war reges Leben in den Mauern des Volkshauses. Es gab politische und sportliche Großveranstaltungen. 1932 wurde noch eine Kinoanlage eingebaut.

Die Baukosten des Volkshauses betragen 131.677,20 RM. Wie oft mag der Kassierer Karl Schaffner über Zahlen und Kostentabellen gesessen haben?

Dem Statut wird am 30. April 1930 ein neuer Satz zugefügt: "Der Betrieb des Volkshauses wird so gestaltet, daß keine übermäßigen Gewinne erzielt werden, der Reingewinn wird lediglich zur Unterhaltung und weiterem Ausbau verwendet." Mit diesem Satz wurde die Bestimmung des Volkshauses klar umrissen.

Im Mai 1933 schloß ein Wachtmeister Fischer im Naziauftrag das Mörfelder Volkshaus. Im Protokollbuch bleiben die Seiten leer. Der "Pferdestall", wie die Faschisten verächtlich das Volkshaus nannten, wurde Kornspeicher und Fesselballonfabrik. Das Volkshaus sollte dem Sport und der Kultur dienen - jetzt wurde Kriegsmaterial darin produziert. Zahlreiche Mitglieder des Vereins wurden verfolgt und kamen ins KZ.

Nach 1945 wurde das Haus von der Besatzungsmacht mit Beschlagnahme belegt. Am 6. November 1948 wurde der Volkshaus-Verein neu gegründet. Von dem Wirtschaftsinventar, das mit 18.000 RM zu Buche stand, waren nur noch ein paar Biergläser übrig. Das Protokollbuch erzählt vom zähen Ringen um Freigabe und Wiedergutmachung. Erst am 21. September 1949 gaben die amerikanischen Behörden das Haus zurück. In den folgenden Jahren wurde das Haus immer mehr politischer, sportlicher und kultureller Mittelpunkt Mörfeldens. 1966 wurde das Haus der Gemeinde übertragen. Nach Um- und Modernisierungsarbeiten erfolgte 1968 die Wiedereröffnung als Bürgerhaus.

**Jede Spende hilft dem
"blickpunkt"!**

Bombige Aussichten

In Afrika verhungern Menschen. In Bangladesch, in den Kurdenlagern müsste mehr geholfen werden. In vielen Ecken dieser Welt Not und Elend. Milliardensummen werden benötigt um hier etwas zu ändern.

Noch vor kurzem, mit dem Verschwinden der Ost-West-Konfrontation, hofften wir alle auf freiwerdende Gelder aus den Rüstungsetat. Zwar werden die letzten SS 20 und Pershings gerade zerstört, aber das erhoffte Zeitalter der Abrüstung droht trotzdem zu Ende zu gehen, bevor es richtig begonnen hat. Die Rüstungsindustrie boomt.

Kaum hatte US-Präsident George Bush den Befehl zur Bombardierung Bagdads erteilt, kaum hatten die amerikanischen Militärs erste Videoclips über den Erfolg ihrer elektronisch gesteuerten Waffen vorgeführt, schnellten an der New Yorker Wall Street die Kurse in die Höhe: Rüstungsunternehmen wie General Dynamics, McDonnell Douglas und Lockheed entpuppten sich als die eigentlichen Gewinner des Krieges gegen den Irak.

Von Kürzungen im Militärhaushalt redet in den Vereinigten Staaten seither niemand mehr. Konversion, die Umstellung der Produktion auf die Herstellung ziviler Güter, mutet plötzlich an wie eine Frage von gestern.

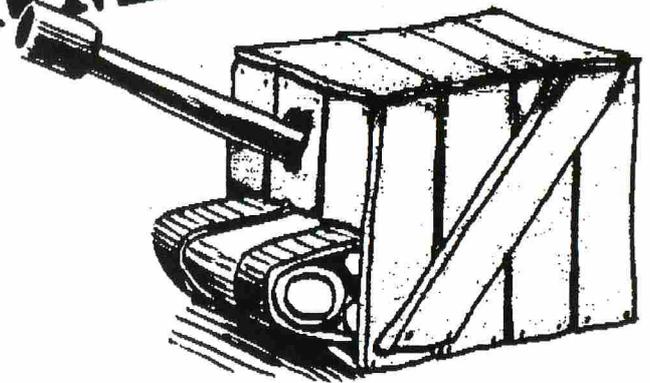
Die Krieger am Golf verschossen vorrangig die riesigen Waffenarsenale aus der Zeit des Kalten Krieges. Diese dürften nicht vollständig wieder aufgefüllt werden - doch zumindest die Anbieter moderner Kriegselektronik hoffen auf glänzende Geschäfte.

In der Bundesrepublik haben sich diese Unternehmen unter dem Mercedes-Stern versammelt: MBB, MTU, Dornier und die Telefunken System Technik bilden zusammen die Daimler-Tochter Deutsche Aerospace (DASA).

Großprojekte Alpha-Jet und "Jäger 90" werden weiter entwickelt. Milliarden von Steuergeldern werden nach wie vor verpulvert. Die Rüstungsaktionäre reiben sich die Hände.

Leider bewahrheitet sich erneut der alte Satz der Arbeiterbewegung: "Solange Rüstung profitables Geschäft bleibt, ist der Frieden in Gefahr." rh

MADE IN GERMONEY



Von Rüstungsprofiteuren und Rüstungsverlierern

Nehmen wir ein Beispiel: Ein Fabrikant, der Schuhe produziert, will sie in absehbarer Zeit auch absetzen, Profite machen und wieder neue Schuhe produzieren. Ob man Schnürsenkel, Zahnbürsten oder Raketen herstellt macht keinen Unterschied.

Auch der Waffenkäufer kauft Waffen nicht als Geldanlage - wie einer etwa Gold oder Diamanten kauft -, sondern kauft die Waffen, um Krieg zu führen, sei es, um ein Land anzugreifen oder um sich gegen einen Angreifer zu verteidigen. Wer Krieg will, braucht einen Feind.

Feindbilder zu inszenieren, ist heute kein Problem. Dies funktioniert zur Zeit besser als früher, weil es noch subtiler läuft: Heute können Feindbilder differenzierter, raffinierter entworfen und mit den modernen Me-

dien viel rascher und weiter verbreitet werden.

Überall in der Welt sind ungeheure Mengen an Waffen gelagert. Man könnte sie verschrotten, aber Verschrotten bringt keine Profite und die Rüstungsindustrie will weiter produzieren, um weiter Profite zu machen.

Wo Rüstungsprofiteure sind, sind auch Rüstungsverlierer.

Verlierer sind immer die "kleinen Leute" rings um den Globus. Verlierer sind Soldaten und Zivilisten. Männer, Frauen, Kinder im Irak und in Afrika, in Asien aber auch bei uns. Verlierer sind letztlich auch die Kommunen, denen Geld fehlt, um die Probleme der Gegenwart zu lösen und eine lebenswerte Zukunft zu planen.

rh

Stadtgeschichte



Es war für die Kinder in früheren Jahren eine aufregende Sache wenn sie einmal Gelegenheit hatten, beim Beschlagen eines Pferdes zuzuschauen. Man hielt sich in entsprechendem Abstand, aber stellte sich doch möglichst so, daß man alles mitbekam. Da wurde zuerst das alte Hufeisen entfernt. Vielleicht war es aber auch verloren gegangen. Der Huf wurde aufgeschnitten, passend geraspelt und das neue Hufeisen glühend angepaßt. Dabei roch es stark nach verbranntem Horn. Nachdem es passend war, wurden die langen Hufnägel eingeschlagen. Der Helfer, oft war es der Besitzer des Pferdes, hielt während der ganzen Prozedur das Bein des Pferdes hoch. Wo können heute die Kinder so etwas noch erleben?

Unser Bild entstand etwa im Jahre 1950 in der Schmiede von Karl Reviol (rechts im Bild) in der Walldorfer Langstraße 35, links sehen wir Jakob Wilker.

Der Schmiedeberuf war in der Gemeinde Walldorf schon von Anfang an mit vertreten. Der "erste" dieser Zunft, Francois Pra, bekam 1706 ein Baugrundstück unter der Bedingung, dort seine "profession" auszuüben. Zu den frühen Schmieden in Walldorf zählten Pierre Aillaud, Johannes Simmermacher und Wilhelm Zwilling, der Vater von Ludwig Zwilling, genannt "Schmiedslui".

Die neueren "alten" Schmiede Walldorfs waren Adolf Pons und Karl Reviol 2., beide in der Langstraße.



Wir über uns

Die Hauptversammlung der DKP Mörfelden wählte erneut Gerd Schulmeyer zum Vorsitzenden der Wohngebietsgruppe.

Als weitere Mitglieder des Vorstands wurden Ernst Hechler und Alfred J. Arndt gewählt. Käthe Hechler wurde als Kassiererin bestätigt.

Für das Jahr 1991/92 stellt sich die DKP Mörfelden große Aufgaben.

Der Hauptschwerpunkt der Arbeit

bleibt die Kommunalpolitik, d. h. die Tätigkeit der Parlamentsfraktion und der Parteiorganisation im Stadtparlament und im außerparlamentarischen Bereich.

Die monatliche Herausgabe und Verteilung des "blickpunkt" erfordert weiterhin große Anstrengungen, vor allem, um die "weißen Flecken", wo auf Grund von Parteiaustritten zur Zeit keine Zeitung ausgetragen wird, wieder kleiner zu kriegen.

Fortgesetzt werden soll die offene Dis-

kussion über Geschichte, Weg und Ziel der Kommunistischen Partei innerparteilich und in öffentlichen Veranstaltungen.

Am 13. Juli findet das traditionelle Grillfest statt, der 250. "blickpunkt" soll im Oktober gefeiert werden, mit den Walldorfer Mitgliedern wird die Bildung einer gemeinsamen DKP-Wohngebietsgruppe Mörfelden-Walldorf diskutiert und noch in diesem Jahr soll mit der Vorbereitung auf die Kommunalwahl 1993 begonnen werden.

GS